

# Parolenfassung zu eidg. und kantonalen Abstimmungen vom 24.11.2024

Medienmitteilung FDP.Die Liberalen Kanton Zug  
2. Oktober 2024

FDP.Die Liberalen Kanton Zug haben am 1. Oktober die Parolen für die Abstimmungen am 24. November 2024 gefasst.

## **Nationale Abstimmungen vom November 2024**

FDP.Die Liberalen Kanton Zug haben folgende Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen im November 2024 gefasst:

- Ausbau der Nationalstrassen: Ja
- Mietrecht - Untermiete: Ja
- Mietrecht - Kündigung wegen Eigenbedarf: Ja
- Krankenversicherung - Einheitliche Finanzierung: Ja

Alle eidgenössischen Parolen wurden einstimmig gefasst.

FDP-Kantonsrat Thomas Gander aus Cham präsentierte den Ausbau der Nationalstrassen. Er legte überzeugend dar, dass eine wachsende Bevölkerung mehr Mobilität auf Schiene und Strasse benötigt. Öffentlicher und privater Verkehr müssen die Leistung zusammen erbringen. Im Rahmen des fortlaufenden Ausbaus der verschiedenen Verkehrswege stehen nun 5 Autobahnabschnitte zur Abstimmung, wo regelmässige Stau-Engpässe bereinigt werden müssen.

FDP-Kantonsrätin Helene Zimmermann aus Risch-Rotkreuz stellte die beiden Gesetzesvorlagen betreffend das Mietwesen vor. Eine bessere gesetzliche Regelung der Untermiete soll Missbräuche im Mietwesen reduzieren: Eigentümer und Mitbewohner schätzen stabile nachbarschaftliche Verhältnisse. Bei Eigenbedarf ist es offensichtlich, dass ein Wohnungseigentümer seine Wohnung von einem Mieter zurückverlangen darf, wenn er die Wohnung selbst braucht. Das wird in dem zur Abstimmung stehenden Gesetz verdeutlicht werden.

FDP-Vizepräsident Peter Frigo führte vertieft durch die Krankenversicherungsvorlage. Im Wesentlichen werden Kantone und Krankenkassen verpflichtet, gleich hohe Kostenbeiträge an Spitalkosten und an ambulante Arztbesuchskosten zu bezahlen. Dadurch sollen finanzielle Fehlanreize eliminiert werden, welche bisher zu einem zu hohen Anteil an stationären und teureren Behandlungen im Spital geführt haben.

### **Referendum über das Zuger Waldgesetz – Ja zum Waldgesetz**

Richtig spannend wurde es bei der Vorstellung des Waldgesetzes. Manuel Sigrist vertrat in eloquenter Weise die Mountainbiker, welche das Referendum gegen das überarbeitete Waldgesetz ergriffen haben. Sie befürchten eine zu starke Einschränkung der Biker im Wald. Auf der Befürworterseite warf sich Ruedi Bachmann, Geschäftsführer des Waldeigentümerversbands ins Zeug. Er zeigt auf, wie die privaten Waldeigentümer Hand bieten, dass der Wald für alle Zwecke sachdienlich genutzt werden kann. Die Anforderungen an den Wald gehen von Schutzwaldfunktionen über Biodiversität, Wildhut, Luftreinhaltung weiter zu Erholung und Sport. Bei Wegen im Wald regelt das neue Gesetz Unterhaltspflichten, Finanzierung und Haftung bei Unfällen. Ruedi Bachmann gelang es in überzeugender Weise darzustellen, dass diese vielfältigen Anforderungen durch das modernisierte Waldgesetz in ein gesundes Gleichgewicht gebracht werden, und dass die Waldeigentümer diese Anforderungen an den Wald unterstützen. Im Hinblick auf die Befürchtungen der Mountainbiker konnte er aufzeigen, dass bereits heute im Richtplanentwurf Downhill-Bikerstrecken vorgesehen sind, dass 77% der heute befahrenen Waldwege auch in Zukunft befahrbar bleiben, und dass 95% der heute im Wald gefahrenen Velokilometer auch weiterhin für die Biker möglich sein werden.

Die Versammlung übernahm schliesslich die Position einer Gesamtverantwortung für einen Interessenausgleich zwischen allen Betroffenen und fasste für das überarbeitete Waldgesetz mit 55:5 Stimmen die Ja-Parole.

### **Orientierung über die Umsetzung der OECD-Steuerreform im Kanton Zug**

Kantonsrat Flurin Grond aus Neuheim orientierte aus der Partei-Arbeitsgruppe «Finanzen & Steuern» über die Umsetzung der OECD-Steuerreform. Er erläuterte die Parteistrategie, wie die zusätzlichen Mittel zur Förderung einer zukunftssträchtigen und innovativen Wirtschaftsförderung eingesetzt werden sollen. Daneben soll der Kanton seine Rolle in Bereichen wie Kinderbetreuung für Berufstätige in einem angemessenen Rahmen sowie im Wohnbau verstärken, so dass die Früchte guter Wirtschaftspolitik auch bei den Einwohnern ankommen. Bei Wohnbau muss beim Abbau von Bürokratie und Regulierungen angesetzt werden, so dass

Investoren Projekte rascher umsetzen können und zusätzlicher Wohnraum verfügbar wird. Die entsprechenden Geschäfte kommen demnächst in den Kantonsrat, und die FDP ist gut vorbereitet.

Mehr Informationen

Michael Brunner, Verantwortlicher Kommunikation FDP Zug, +41 79 507 86 05